

FUTURE

Réseau d'information Science & Politique

Dezember 2006

■ Editorial

Und nun, an die Arbeit!

Das Ja des Stimmvolkes am 21. Mai 2006 zu den Bildungsartikeln in der Bundesverfassung öffnet die Türen für einen konsolidierten Föderalismus – insbesondere für Institutionen im Bereich Bildung, Forschung, Innovation (BFI). Nach einer fast zehnjährigen Reflexionsphase haben Bund und Kantone nun einen klaren Auftrag, in ihren jeweiligen Kompetenzbereichen Verantwortung zu übernehmen und voranzuschreiten.

Das erfordert als erstes ein starkes Engagement der Personen an der Spitze der Organe im Bereich der Wissenschaft und Bildung, damit möglichst schnell die Rolle des lang ersehnten «nationalen Steuerungsorgans» definiert werden kann. Dieses soll mehr Effizienz in ein System bringen, das sich den Luxus von 28 verschiedenen Bildungsministerien (26 kantonale und zwei nationale) erlaubt.

Die Diskussion würde schneller vorankommen, wenn alle betroffenen Institutionen das Prinzip der Kostentransparenz befolgten. Welcher Kanton, ob mit oder ohne Universität, zahlt was? An wen? Wofür? Wohin fliessen die Subventionen des Bundes für die universitären Hochschulen und die Fachhochschulen? Auf welcher Basis? Mit welchen Zielen?

Die Klärung dieser offenen Fragen hinsichtlich der Strukturen zur Steuerung und der Finanzflüsse ermöglicht, einen transparenten, gemeinsamen und für beide Parteien (Bund und Kantone) verbindlichen Finanzierungsplan zu erstellen. Damit könnte eine Vertrauensbasis geschaffen werden, die Voraussetzung für eine nachhaltige Finanzierung des gesamten Bildungswesens ist.

Der Bundesrat, die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) und die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK) müssen dieses Vorgehen baldmöglichst initiieren.

Die Aufgabe der Hochschulleitungen hingegen ist die Koordination ihrer Leistungen im Bereich der Bildung, Forschung und Innovation. So können sie ihre Forderungen rechtfertigen und einen effizienten Einsatz der Finanzmittel beweisen.

Fast zehn Jahre hat es gedauert, um den Bildungsartikel unter Dach und Fach zu kriegen. Es darf nicht noch einmal so lange dauern, um dem ausdrücklichen Willen des Parlaments und des Volks nachzukommen: die Schaffung eines neuen Steuerungssystems für die Finanzierung der Hochschullandschaft Schweiz.

Johannes Randegger

Nationalrat, Präsident des Politikerteams FUTURE

■ Beteiligung am 7. EU-Rahmenprogramm

Auf der Zielgeraden

Sowohl in Europa als auch in der Schweiz werden die letzten Entscheidungen zum 7. Forschungsrahmenprogramm der EU diesen Dezember erwartet. Die Forschenden stehen bereits in den Startlöchern, um eigene Forschungsprojekte einzureichen oder sich an bestehenden Konsortien zu beteiligen.

Das 7. Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung für die Jahre 2007–2013 mit einem Gesamtbudget von rund 54 Milliarden Euro ist auf der Zielgeraden. Die politischen Akteure in Europa (Parlament und Rat) sowie in der Schweiz (National- und Ständerat) setzen zum Endspurt an. Erste Projektausschreibungen werden bereits diesen Dezember publiziert und die Forschenden – auch in der Schweiz – stehen in den Startlöchern.

Die Schweiz soll sich bei einer Assoziierung am 7. EU-Rahmenprogramm mit 2,8 Prozent der Totalkosten beteiligen. Da ist die Frage berechtigt, was von diesem finanziellen Engagement wieder zurückkommt. Im 6. Rahmenprogramm, das Ende 2006 ausläuft, holt die Schweiz ihren Teil zu 100 Prozent wieder zurück, nicht zuletzt wegen der vom Parlament bewilligten Begleitmassnahmen. Aus finanzieller Sicht hat sich das Modell der Assoziierung also bewährt. Doch das ist nicht der einzige Grund, die gewählte Richtung beizubehalten.

Projektleitung auch für Schweizer Forschende

Der eigentliche Mehrwert der Rahmenprogramme liegt in der Erleichterung der Forschungsk Kooperation auf europäischer Ebene. Heutige Forschung und Entwicklung widmet sich Themen, die nur in Ausnahmefällen mit rein schweizerischen Kompetenzen zu lösen sind. In der Regel braucht es die Kooperation der besten Köpfe europa- und weltweit.

Der entscheidende Vorteil der Assoziierung gegenüber der projektweisen Beteiligung am 7. Rahmenprogramm ist die Möglichkeit für Schweizer Forschende, Projekte zu leiten. Nur lästige administrative Mehrarbeit, wie vielfach bemängelt wird? Fragen Sie den Kapitän eines Schiffes, wieso er trotz trockener Schreibtischarbeit Kapitän und nicht Matrose geworden ist.

Forschungsergebnisse dank Zusammenarbeit

Die Frage nach dem administrativen Aufwand – der zweifellos verringert werden muss – darf nicht den Blick auf das Ziel verstellen. Wenn eine Firma weiss, dass das Know-how für innovative Produkte verstreut an Hochschulen und Unternehmen in Europa vorhanden ist, fragt sie nicht nach dem administrativen Aufwand, sondern nach dem Weg, an dieses Wissen heranzukommen.

Die Forschungsprogramme der EU sind eine hervorragende Möglichkeit, alle Partner ins selbe Boot zu bringen und zudem Unterstützung durch die EU zu erhalten.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Denn immer öfter braucht es eine breite Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung, um neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln.

Und nicht zuletzt ist auch an unseren wissenschaftlichen Nachwuchs zu denken: Jungen Forschenden bietet die Teilnahme in europäischen Forschungsprojekten wertvolle Kontakte für ihre Zukunft. Die spezifischen Nachwuchsförderungsinstrumente der EU (Finanzierung von Spitzenforschenden im Grundlagenbereich, Forschungsstipendien) stehen ausschliesslich Forschenden in Mitgliedländern und assoziierten Ländern offen.

Fazit: Für den Forschungsplatz Schweiz ist die Assoziierung der Schweiz an das 7. Rahmenprogramm der EU unabdingbar.

Dr. Olivier Küttel, Direktor Euresearch

Euresearch ist im Auftrag des Staatssekretariates für Bildung und Forschung SBF tätig. Die Organisation berät Forschende in der Schweiz zu sämtlichen Fragen im Zusammenhang mit der Teilnahme an den EU-Forschungsprogrammen.

► Weitere Informationen: www.euresearch.ch

■ Zahlen zum EU-Rahmenprogramm

Die Industrie profitiert

Gemäss offiziellen Statistiken beteiligte sich die Schweiz zwischen 2003 und 2005 an 969 EU-Forschungsprojekten. Die Schweiz bezahlte 276 Millionen Euro, und die von der EU erhaltene Finanzierung belief sich ebenfalls auf 276 Millionen Euro. Der Return on Investment ist folglich gesichert. Das Ergebnis wird aber noch durch einen Mehrwert ergänzt: Die Schweizer Forschenden koordinierten um die fünfzig Projekte (zum Vergleich: Frankreich 106, Italien 56). Diese Möglichkeit zu Leadership ist wesentlich. Sie erleichtert den Aufbau von Netzwerken und das Zusammenführen von Forschungsergebnissen.

Von den bewilligten 385 Millionen Franken wurden 135 Millionen Franken den ETH in Zürich und Lausanne, 104 Millionen der Industrie und 100 Millionen Franken den Universitäten zugesprochen. Diese Zahlen zeigen, dass die europäischen Forschungsprojekte einen markanten Einfluss auf die industrielle und ökonomische Entwicklung (Markenchancen und Partnerschaften sowohl für KMU als auch für Grossunternehmen) sowie auf die Dynamik der Bildung und Forschung haben.

■ Debatte zur BFI-Politik

Von 2003 bis 2013

Von Juni bis November 2006 war die Bildung, Forschung und Innovation Gegenstand einer ganzen Reihe parlamentarischer Vorstösse, politischer Statements und Zukunftsvisionen: Motionen im Parlament, die Publikation Wissensplatz Schweiz 2015 und – nicht zu vergessen – der nationale Bildungsgipfel am 20. Oktober in Basel.

Dieses Interesse ist beachtlich und es bereichert die Debatte zur BFI-Politik sowohl in politischen als auch im akademischen Kreisen.

Allerdings drehen sich die Diskussionen hauptsächlich um die Finanzen. Man vergleicht die Periode 2004–2007 mit der von 2008–2011, integriert das 7. EU-Rahmenprogramm, antizipiert das künftige Hochschul-

rahmengesetz für 2008 oder 2013 und fügt noch eine Diskussion zur Erhöhung der BFI-Kredite 2008-2011 hinzu.

Um die Sache nicht unnötig zu komplizieren, ist aber nur eines dringend: das Warten auf die für Ende Januar 2007 angekündigte BFI-Botschaft 2008-2011. Erst dann wird es Zeit sein, die Initiativen, Resolutionen und Vergleiche wieder aufzunehmen Und vergessen wir auch nicht die Aussage von Andreas Steiner, CEO des Technologieunternehmens Belimo AG und Präsident der Bildungs- und Forschungskommission von Economiesuisse: «Wenn über ein Bildungs- und Forschungssystem gesprochen wird, darf nicht nur über Geld gesprochen werden, sondern auch Inhalte, Schwerpunkte, Posterioritäten, Organisation und Entscheidungsmechanismen müssen Thema sein». (cc)

SMS

■ Neues Präsidium der Rektorenkonferenz

Ende August 2006 hat der Rektor der Universität Zürich, Prof. Hans Weder, den Vorsitz in der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS) übernommen. In der CRUS arbeiten die Rektoren und Präsidenten der zehn kantonalen Universitäten und der beiden ETH zusammen. Vizepräsidenten sind Prof. Patrick Aebischer, Präsident der EPF Lausanne, und neu der Rektor der Universität Bern, Prof. Urs Würigler.

► Weitere Informationen: www.crus.ch

■ Uni Freiburg: Neuer Rektor ab März 2007

Die Universität Freiburg hat Prof. Guido Vergauwen zum neuen Rektor gewählt. Der Theologieprofessor und Vize-Rektor der Universität Freiburg löst den heutigen Rektor Prof. Urs Altermatt am 15. März 2007 ab.

■ Neuer Rektor der Uni Zürich ab 2008

Die Universität Zürich hat Professor Andreas Fischer als neuen Rektor nominiert. Andreas Fischer ist Ordinarius für Englische Philologie und war Dekan der Philosophischen Fakultät. Er wird den amtierenden Rektor Prof. Hans Weder am 1. August 2008 ablösen.

■ Rücktritt des Präsidenten der ETH Zürich

Prof. Ernst Hafen hat Anfang November 2006 sein Amt als Präsident der ETH Zürich niedergelegt. Er zog damit die persönlichen Konsequenzen aus den unüberbrückbaren Differenzen zwischen ihm und der Professoren-schaft. Konrad Osterwalder, der Rektor der ETH Zürich übernimmt das Amt des Präsidenten ad interim.

■ Neue Schulleitung an der Uni Genf

Auf Ende Juli 2006 ist das Rektorat der Uni Genf geschlossen zurückgetreten, nachdem in der Verwaltung und Leitung gravierende Mängel festgestellt worden waren. Der neuen Schulleitung, die der Regierungsrat bis im Sommer 2007 eingesetzt hat, steht der Physiker Prof. Jacques Weber als Rektor vor.

■ Gründung «Akademien der Wissenschaften Schweiz»

Die vier wissenschaftlichen Akademien der Schweiz (Geistes- und Sozialwissenschaften, medizinische Wissenschaften, technische Wissenschaften und Naturwissenschaften) werden zukünftig ihre Zusammenarbeit verstärken. Dazu gründeten sie im Juli 2006 in Bern den Verbund «Akademien der Wissenschaften Schweiz». Insbesondere in den Bereichen der Früherkennung, der Ethik und des Dialoges mit der Gesellschaft wollen die wissenschaftlichen Akademien ihre Kompetenzen weiter ausbauen und vermehrt Synergien nutzen.

Impressum

Netzwerk FUTURE, Dunantstrasse 60, 3074 Muri bei Bern
Tel. 031 351 88 46 – Fax 031 351 88 47 – info@futureteam.info

© Netzwerk FUTURE 2006. Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

FUTURE

Réseau d'information Science & Politique

décembre 2006

■ Editorial

Et maintenant, au travail!

Le «oui» du peuple à l'article constitutionnel sur l'éducation, le 21 mai dernier, a enfin ouvert une période de fédéralisme consolidé, notamment pour les institutions du domaine de la formation, de la recherche et de l'innovation (domaine FRI). Après une période de réflexion de presque dix ans, les cantons et la Confédération ont maintenant la mission claire d'avancer, chacun assumant ses responsabilités dans ses domaines de compétence.

Cela implique tout d'abord un engagement ferme des personnes à la tête des multiples organes s'occupant de politique de la science et de l'éducation afin de définir rapidement le rôle de cet «organe de pilotage national» tant attendu. Celui-ci apporterait de l'efficacité à un système qui se paie le luxe de disposer de 28 ministères de l'éducation.

Ensuite, la réflexion serait accélérée si toutes les instances concernées voulaient bien appliquer le principe de la transparence des coûts. Quel canton, universitaire ou non, paie quoi? A qui? A quelle fin? Où vont les subventions fédérales aux hautes écoles universitaires et spécialisées? Sur quelles bases cet argent est-il alloué? Avec quels objectifs?

Une fois que nous aurons procédé à ces clarifications dans la structure de pilotage et dans les flux financiers, il sera possible de prévoir une planification financière commune transparente et avec un effet contraignant pour les deux parties (cantons et Confédération). Il serait ainsi possible de créer la base de confiance nécessaire à un financement durable de l'ensemble du secteur de la formation.

Le Conseil fédéral, la Conférence des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP) et la Conférence universitaire suisse (CUS) doivent initier ce processus le plus rapidement possible. Quant aux responsables des hautes écoles, ils ont un rôle essentiel à jouer: coordonner leurs prestations de formation, de recherche et d'innovation pour justifier les moyens mis à leur disposition et les utiliser de façon efficace.

Près de dix ans ont été nécessaires pour faire aboutir le projet d'article constitutionnel. Il ne faudrait pas que nous ayons besoin d'autant de temps pour satisfaire la volonté manifestée explicitement par le Parlement et par le peuple: un nouveau système de pilotage et de financement pour le paysage suisse des hautes écoles.

Johannes Randegger

Conseiller national, Président du team politique FUTURE

■ 7^e programme-cadre de l'UE

Dans la dernière ligne droite

Les dernières décisions au sujet du 7^e programme-cadre de l'UE seront prises en décembre, aussi bien en Suisse que sur le plan européen. Les chercheurs sont déjà dans les starting-blocks en vue de soumettre leurs projets de recherche ou de participer à des consortiums existants.

La préparation du 7^e programme-cadre de recherche et développement de l'UE (7^e PCRD), doté de 54 milliards d'euros en tout pour la période 2007–2013, est dans la dernière ligne droite. Les acteurs politiques de l'UE (Parlement et Conseil) et de la Suisse (Conseil national et Conseil des Etats) sont en passe d'y mettre la dernière main. Les premiers appels à propositions seront lancés en décembre déjà et les chercheurs, y compris en Suisse, sont dans les starting-blocks.

L'association au 7^e PCRD impliquerait pour la Suisse d'assumer 2,8% des coûts totaux de ce programme. Il est légitime de se poser la question du retour sur investissement. Dans le 6^e programme-cadre, qui se terminera à la fin 2006, la Suisse a récupéré la totalité de son investissement initial. Les mesures d'accompagnement décidées par le Parlement y sont pour quelque chose. D'un point de vue financier, le modèle de l'association a donc fait ses preuves.

Chercheurs suisses à la tête de projets

Mais d'autres arguments encore doivent nous inciter à poursuivre dans la voie de l'association. Au bout du compte, la valeur ajoutée des programmes-cadres réside dans le fait qu'ils facilitent les coopérations scientifiques au niveau européen. Aujourd'hui, la recherche et le développement s'intéressent à des questions qui ne pourraient qu'exceptionnellement être résolues grâce à des compétences exclusivement suisses. La coopération des meilleurs chercheurs en Europe et dans le monde est le plus souvent nécessaire.

L'avantage décisif de l'association au 7^e PCRD par rapport au modèle d'une participation par projet réside dans la possibilité, pour les chercheurs suisses, de diriger des projets. «Voilà qui n'apporte rien d'autre qu'un surplus de travail administratif...», diront certains. Mais le capitaine d'un navire doit-il abandonner son poste pour le travail de matelot au seul motif qu'il passera moins de temps à sa table de bureau?

La collaboration indispensable à l'innovation

La question du travail administratif – même si celui-ci devrait, il est vrai, être allégé – ne doit pas accaparer les esprits au point de nous faire perdre de vue l'objectif principal. Lorsqu'une entreprise sait que le savoir-faire nécessaire au développement de produits innovateurs existe, mais éparpillé dans différentes hautes écoles et entreprises européennes, sa première préoccupation sera de savoir comment profiter de ces compétences, et non quelle charge de travail administratif en découlera.

Les programmes de recherche de l'UE représentent une fantastique opportunité de mobiliser tous les partenaires dans un projet commun

(Suite en page 2)

et de bénéficier du soutien de l'UE. Car la mise au point de nouveaux produits et services nécessite de plus en plus souvent une collaboration à large échelle.

Il faut enfin penser à la relève scientifique en Suisse: la participation aux projets de recherche européens permet aux jeunes chercheurs de nouer des contacts précieux pour leur avenir. Les mesures de l'UE dans le domaine de l'encouragement de la relève (financement de scientifiques de haut niveau dans la recherche fondamentale, subsides de recherche) ne peuvent profiter qu'aux chercheurs des Etats membres et des pays associés.

Conclusion: l'association au 7^e programme-cadre de l'UE est indispensable pour la place scientifique suisse.

Dr Olivier Küttel, directeur d'Euresearch

Euresearch conseille les chercheurs suisses dans toutes les questions liées à la participation aux programmes de recherche de l'UE sur mandat du Secrétariat d'Etat à l'éducation et à la recherche.

► Pour en savoir plus: www.euresearch.ch

■ La recherche européenne en chiffres

L'industrie monte en puissance

Selon les statistiques officielles, la Suisse a participé à 969 projets de recherche de l'UE de 2003 à 2005. La contribution suisse pendant cette période s'est élevée à 276 millions d'euros, et le financement obtenu de l'UE s'est chiffré, lui aussi, à 276 millions d'euros. Le retour sur investissement est donc assuré. Il faut en outre prendre en compte la valeur ajoutée que représente le fait, pour les chercheurs suisses, d'avoir coordonné une cinquantaine de projets (contre par exemple 106 pour la France et 56 pour l'Italie). Cette possibilité d'assumer le leadership de projets est essentielle pour le développement de réseaux de collaboration et la mise en commun des résultats de recherche.

Sur les 385 millions de francs suisses ayant bénéficié à des chercheurs helvétiques, 135 millions ont été attribués à des projets des EPF, 104 millions à des projets de l'industrie et 100 millions aux universités. Ces éléments indiquent clairement que les projets de collaboration avec les chercheurs européens ont une influence marquante sur le développement industriel et économique (débouchés et partenariats pour les PME et les grandes entreprises) ainsi que sur la dynamique de la formation et de la recherche.

■ Débats sur la politique FRI

De 2003 à 2013

De juin à novembre de cette année, le thème de la formation, de la recherche et de l'innovation (FRI) a fait l'objet d'une cascade d'interventions parlementaires, de prises de positions politiques et de visions d'avenir (Place scientifique suisse 2015), sans oublier le Sommet national pour la formation du 20 octobre dernier à Bâle.

Cet intérêt est remarquable et enrichit le débat sur l'importance du domaine FRI dans les milieux politiques autant qu'académiques. Les discussions portent surtout sur les engagements financiers. On

compare la période 2004–2007 à celle de 2008–2011, on intègre le 7^e programme-cadre de recherche et développement de l'UE, on anticipe la future loi-cadre sur les hautes écoles pour 2008 ou 2013, on ajoute encore un débat sur le taux d'accroissement des crédits FRI pendant la période 2008–2011.

Simplifions les choses: l'urgence, en ce moment, est d'attendre ce fameux message FRI 2008–2011 annoncé pour la fin janvier 2007. Il sera alors temps de reprendre initiatives, résolutions et comparaisons. Sans oublier, peut-être, cette affirmation d'Andreas Steiner, CEO de l'entreprise high-tech Belimo AG et président de la commission «Formation et recherche» d'économiesuisse: «Quand on parle d'un système de formation et de recherche, on ne peut se contenter d'évoquer les aspects financiers. Il faut également parler de contenus, de priorités, de postériorités, d'organisation et de mécanismes de décision.» (cc)

SMS

■ Nouveau président à la CRUS

Hans Weder, recteur de l'Université de Zurich, préside la Conférence des recteurs des universités suisses (CRUS) depuis la fin août 2006. La CRUS rassemble les recteurs et présidents des dix universités cantonales et des deux EPF. La vice-présidence est assumée par Patrick Aebischer, président de l'EPF de Lausanne, nouvellement rejoint dans cette fonction par le recteur de l'Université de Berne, Urs Würigler.

► Pour en savoir plus: www.crus.ch

■ Nouveau recteur à l'Université de Fribourg en 2007

Guido Vergauwen, professeur de théologie et actuel vice-recteur de l'Université de Fribourg, a été élu recteur de cette institution. Il remplacera l'actuel recteur Urs Altermatt à partir du 15 mars 2007.

■ Nouveau recteur à l'Université de Zurich en 2008

Andreas Fischer, professeur ordinaire de philologie anglaise et ancien doyen de la Faculté des Lettres, a été désigné au poste de recteur de l'Université de Zurich. Il entrera en fonction le 1^{er} août 2008, en remplacement de l'actuel recteur Hans Weder.

■ Retrait du président de l'EPF de Zurich

Début novembre 2006, Ernst Hafen a annoncé son retrait de la présidence de l'EPF de Zurich, tirant ainsi les conséquences de différents insurmontables avec le corps professoral. Le recteur de l'EPF de Zurich, Konrad Osterwalder, assume désormais la présidence par intérim de cette institution.

■ Nouvelle équipe à la tête de l'Université de Genève

Une nouvelle équipe rectorale conduite par le professeur Jacques Weber a pris les rênes de l'Université de Genève depuis le 1^{er} septembre 2006. Son mandat prendra fin le 14 juillet 2007. Ce changement s'explique par la démission in corpore, à la mi-juillet 2006, de l'ancien rectorat, afin de contribuer à l'apaisement des tensions ayant marqué le passé récent de l'institution.

■ Création des «Académies suisses des sciences»

Les quatre académies scientifiques suisses (sciences humaines et sociales, sciences médicales, sciences techniques et sciences naturelles) collaboreront plus étroitement à l'avenir. Elles ont créé dans ce but l'association «Académies suisses des sciences» en juillet 2006 à Berne. Elles prévoient en particulier de poursuivre le développement de leurs compétences et d'exploiter des synergies dans les domaines de la détection précoce, de l'éthique et du dialogue avec la société.
